

**Zeitschrift:** Frauenbestrebungen  
**Herausgeber:** Union für Frauenbestrebungen (Zürich)  
**Band:** - (1913)  
**Heft:** 6

**Artikel:** Die Schulpflegerwahlen vom 4. Mai  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-326025>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 15.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Sektionen gründlicher prüfen zu lassen und das Resultat dem Vorstande vorzulegen, was beschlossen wird. — Die Sektion Bern frägt an, ob es nicht angebracht wäre, dass diejenigen Sektionen, die nicht im Vorstand vertreten sind, das Recht hätten, eine Delegierte mit beratender Stimme zu den Sitzungen des Zentralvorstandes abzuordnen, um so mehr auf dem Laufenden zu sein. Die Anregung wird dem Vorstand zur Prüfung überwiesen.

Es folgt das Referat von M<sup>me</sup> Girardet-Vielle (Lausanne) über die Frauen und die politischen Parteien. Die ausgezeichnete Rednerin führt aus, dass die Idee, sich den politischen Parteien anzuschliessen, keine Utopie mehr sei, und hofft, dass die Gerechtigkeit den als Bürgerinnen arbeitenden Frauen das Stimmrecht verleihen werde. Frau Glättli spricht in ausserordentlich klarer präziser Weise über das gleiche Thema. Wir geben das vorzügliche Referat in extenso wieder. Beide Rednerinnen kommen zu derselben Schlussfolgerung: Die Frauenstimmrechtsorganisationen sollen streng neutral bleiben, die einzelnen Frauen dagegen mögen sich den politischen Parteien anschliessen und an ihrer Arbeit teilnehmen.

Frau Dr. Lenz vom Frauenstimmrechtsverein Zürich meint, hie und da sollten doch auch die Vereine mit einer politischen Partei zusammenarbeiten.

Frl. Honegger berichtet, dass das gleiche Thema am internationalen Frauenstimmrechtskongress in Stockholm behandelt wurde und auch da Einstimmigkeit herrschte, dass die Vereine neutral bleiben sollten, dagegen die Ansichten über die Wünschbarkeit des Eintritts der Frauen in die politischen Parteien weit auseinandergehen. Sogar in England, wo die Frauen schon am längsten politisch tätig sind, macht sich eine Strömung dagegen geltend. Die Rednerin ist zu der Überzeugung gekommen, dass, wenn praktische Resultate erzielt werden sollen, die Frauen unbedingt nähere Fühlung mit den politischen Parteien suchen müssen, so sehr sie persönlich das bedauert.

Auch könnte darüber beraten werden, ob nicht alle Parteien angegangen werden sollen, das Frauenstimmrecht in ihr Programm aufzunehmen.

Ein Arbeitervertreter betont, dass die bürgerlichen Parteien die Frauenrechte nicht fordern werden und die sozialistische die einzige sei, welche dafür eintritt, daher sollten sich die Frauen der sozialdemokratischen Partei anschliessen. Die bürgerlichen Parteien haben kein Verständnis für die arbeitenden Frauen!

Mr. Patru antwortet, dass sie in Bern alles getan hätten, um die Arbeiterinnen zu gewinnen, dass aber die sozialdemokratische Partei dies zu verhindern sucht und nicht mit den Bürgerlichen zusammen arbeiten will, was sie doch über viele Vorurteile hinwegbrächte und über unrichtige Ansichten belehren könnte.

Der Präsident erklärt, dass die Frauenfrage keine Parteifrage sei.

Es wird der Antrag gestellt und angenommen, eine Resolution an die in Biel tagende schweizerische freisinnig-demokratische Partei zu schicken, in der unserer Freude und Genugtuung Ausdruck gegeben wird, dass die beiden Referenten über die staatsbürgerliche Erziehung der Jugend die Forderung aufstellten, dass auch die Mädchen an dieser Erziehung teilnehmen sollen.

Die Sektion Lausanne beantragt, die Frage zu prüfen, ob es wünschenswert wäre, ein Abzeichen zu schaffen.

An dem gemeinsamen Abendessen, das durch ein paar treffliche Tischreden gewürzt wurde, nahmen über 70 Anwesende teil.

In der öffentlichen Versammlung am Abend fiel die angezeigte Ansprache des Herrn de Morsier aus.

Die Präsidentin, Frau v. Arx, welche für einige Stunden das Krankenzimmer verliess, um der Versammlung den angekündigten Vortrag über „Die politischen Rechte der Frau“ zu

halten, betonte, dass alle Institutionen auch auf den Schultern der Frauen liegen, und dass von den Ländern, wo die Frauen das Stimmrecht ausüben, berichtet wird, dass die Mitwirkung der Frauen durchaus von gutem Einfluss sei. — Von unserm Verbande teilte sie u. a. mit, dass wir 3 neue Sektionen willkommen heissen dürfen, welche von der unermüdlichen M<sup>me</sup> Vuilliomenet von La Chaux-de-Fonds gegründet wurden, sowie eine in St. Gallen. Somit ist die Zahl der Sektionen auf 14 gestiegen mit ca. 2000 Mitgliedern. Dr. Muret von Lausanne berichtet in seinem Vortrag „Die ewig Unmündige“, wie er durch seine Praxis als Arzt dazu gekommen sei, ein Feminist zu werden. Seine Tätigkeit habe ihm Gelegenheit gegeben, all das Unrecht zu beurteilen, unter dem „les éternelles mineures“, die ewig Unmündigen, leiden. Die Gleichberechtigung der Frau sei nur Gerechtigkeit. Er ermahnt die Frauen, sich auszubilden und sich vorzubereiten, um die neuen Rechte und Pflichten würdig ausüben zu können. Seine mit echt französischem „Esprit“ glänzend vorgetragenen Ausführungen wurden oft von Beifall unterbrochen.

Man gieng auseinander voll Befriedigung über die vielen Anregungen, die wir gewonnen, und voll Dank gegen die Sektion Genf, die uns so gastfreudlich aufgenommen. L. L.-B.

## Die Schulpflegerwahlen vom 4. Mai.

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben unser Vertrauen nicht getäuscht: in allen Kreisen wurden Frauen in die Schulpflegen gewählt. Allerdings — das müssen wir hier konstatieren — ist es vor allem aus die sozialdemokratische Partei gewesen, die den Frauen Platz gemacht hat, und sie hat auch als einzige eine Frau in die Zentralschulpflege gewählt. Immerhin wollen wir mit diesem ersten Erfolge zufrieden sein. Es liegt jetzt nur an den gewählten Frauen zu zeigen, was sie leisten können, und die in sie gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Aber eins hat uns diese Wahl mit überzeugender Klarheit vor Augen geführt: dass mit dem passiven Wahlrecht noch wenig erreicht ist. Wohl können wir Kandidatinnen aufstellen, aber es hängt ganz vom Belieben der Männer resp. der politischen Parteien ab, ob sie sie akzeptieren wollen. Wir können nicht einmal in den Kreisversammlungen für unsere Nominierungen eintreten und sie empfehlen. So konnte es vorkommen, dass unsere vorzüglichste Kandidatin nicht portiert wurde, weil — wie uns nachher gesagt wurde — niemand sie gekannt habe. Wir müssen also unbedingt, wenn wir auf diese Wahlen Einfluss gewinnen wollen, engere Fühlung mit den politischen Parteien und Eintritt in dieselben zu gewinnen suchen. Nur so können wir bei künftigen Wahlen hoffen, mit all unsern Kandidatinnen durchzudringen. Und im weiteren müssen wir mit allen Kräften nach dem aktiven Wahlrecht streben, das die notwendige Ergänzung — eigentlich Voraussetzung — des passiven bildet. Wenn die Männer gesehen haben, wie wenig sie es zu bereuen haben, uns das passive Wahlrecht gegeben zu haben, werden sie auch bereit sein, uns das aktive zuzugestehen.

## Ein welscher Frauntag.

Am 1. Mai fanden sich in Yverdon etwa 100 Frauen aus den Kantonen Waadt, Genf und Neuenburg zusammen zu freundschaftlichem Gedankenaustausch und gemeinsamer Verständigung.

Die Idee zu dieser Tagung war von Genf ausgegangen und hatte bei den Frauenvereinen der drei Kantone lebhafte Zustimmung gefunden; der Zweck sollte dabei ein doppelter sein. Erstens sollten die Frauen welscher Zunge einander